



Michael Frieser
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Versteigerung von Funkfrequenzen durch die Bundesnetzagentur an Mobilfunkanbieter: Bund übernimmt Mehrkosten für Nürnberger Kulturbetriebe

Nürnberg, 17.6.10
Bezug:
Anlagen:

Michael Frieser, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 3.108
Telefon: +49 30 227-71931
Fax: +49 30 227-76931
michael.frieser@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Jakobstr. 46
90402 Nürnberg
Telefon: +49 911-24154432
Fax: +49 911-2369051
michael.frieser@wk.bundestag.de

Im Streit um die Umstellung der Funkfrequenzen durch die Bundesnetzagentur kann Bundestagsabgeordneter Michael Frieser, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien, einen Teilerfolg vermelden: Der Bund hat sich grundsätzlich bereiterklärt, die Kosten zu erstatten, die den Nürnberger Kulturbetrieben entstehen werden, die ihre bisherigen Frequenzen nicht mehr nutzen können und Ersatzbeschaffungen vornehmen müssen. „Ich freue mich sehr über diese Zusage. Nun gilt es, schnell Nägel mit Köpfen zu machen und die notwendigen Förderrichtlinien rasch auf den Weg zu bringen“, so der Abgeordnete.

Die Bundesnetzagentur hatte in den vergangenen Monaten Funkfrequenzen an Mobilfunkanbieter – unter anderem im 800-Megahertz-Bereich – versteigert. Diese werden jedoch bisher von Kultur- und Konferenzveranstaltern für drahtlose Mikrophananlagen verwendet.

Zwar werden deshalb allen professionellen Betreibern, wie der Meistersingerhalle, dem Stadion, dem Staatstheater, der Tafelhalle oder dem Bildungszentrum Ersatzfrequenzen zugewiesen. Durch die neuen Frequenzen sind die bisherigen Anlagen aber oft nutzlos; die Kultureinrichtungen müssen teure Neuanschaffungen tätigen, ohne dass die in Betrieb befindlichen Anlagen bereits steuerlich abgeschrieben wären.

Ursprünglich hatte die Bundesregierung den Ländern im Rahmen des Ordnungsverfahrens nur zusichern wollen, unter bestimmten Bedingungen einen Teil der Umrüstkosten zu übernehmen. Nunmehr hat der Bund eine Kostenerstattung prinzipiell zugesagt. Die Federführung dabei liegt nun beim Bundeswirtschaftsministerium, dem gegenüber sich **Frieser** um eine schnelle Umsetzung der Kostenzusage einsetzen will.